

Virus und Terror

Wie die Ähnlichkeiten der Epochenschwellen uns zum Umdenken zwingen

TEXT

von

STEFAN WEIDNER

Stefan Weidner, Autor, Übersetzer und Islamwissenschaftler, ist Gründungsmitglied der Akademie der Künste der Welt.
Im Hanser Verlag erscheint im Januar 2021 sein Buch „Ground Zero. Der Terror, das Virus und die Welt von morgen“.

© Stefan Weidner 2020

I. KONTROLLGESELLSCHAFT?

Als Anfang März diesen Jahres die Coronakrise nicht mehr zu verdrängen war, saß ich in Istanbul bei der Arbeit an meinem neuen Buch. Es handelt von 9/11, den Terroranschlägen in New York und Washington, dem gewaltsamen Auftakt des 21. Jahrhunderts. Meine These lautet, dass diese Zeit uns bis heute prägt, ja dass Bin Laden und die Terroristen viele ihrer Ziele erreicht haben: die Spaltung und Radikalisierung der westlichen Gesellschaften, ihren Rückfall in Nationalismus und autoritäre Sicherheitspolitik, die Destabilisierung des Nahen Ostens. Ende Februar 2020 hatten sich die USA mit den Taliban auf einen Abzug aus Afghanistan geeinigt. Der längste Krieg in der amerikanischen Geschichte endete mit dem Eingeständnis, die einstigen Schirmherren des Terrors nicht besiegen zu können.

Aber diese Nachricht interessierte damals schon niemanden mehr. Das Coronavirus markierte eine neue Epoche und wischte die Erinnerung an die Zeit davor aus. Statt Islamexpert*innen waren auf einmal Virolog*innen gefragt. Ich wollte in meinem Buch den neuen Terrorismus von rechts ebenso erklären wie die globale Ungleichheit, die Flüchtlingsströme und unsere Tatenlosigkeit angesichts des Klimawandels. Nun konnte ich mir einen neuen Job suchen.

Oder doch nicht? Auffällig viele Beobachter*innen, besonders in den USA, zogen einen Vergleich mit den Ereignissen von 9/11, um die neue Situation historisch einzuordnen. Das liegt nah, denn die unmittelbaren Auswirkungen sind ähnlich: Die starke Verminderung des Flugverkehrs, die Schließung der Grenzen, der weltweite Schock, die heftige Reaktion der Märkte, die Reduzierung des öffentlichen Lebens, die allgemeine Verunsicherung, das Gefühl, einen historischen Einschnitt zu erleben. Zwar scheinen die Folgen der Coronakrise tiefgreifender zu sein; aber auch die Nachwirkungen von 9/11 reichen weiter als die meisten wissen.

Wir müssen uns also fragen, ob es einen tieferen Zusammenhang zwischen diesen beiden Ereignissen gibt, ob sich dahinter gemeinsame Ursachen und Kon-

tinuitäten verbergen, eine ‚lange Dauer‘, eine *longue durée*. Wir müssen uns fragen, welche Lehren aus beiden Ereignissen zu ziehen sind. Und je nachdem, wie wir diese Frage beantworten, ließe sich daraus ein überzeugendes Argument für eine neue, alternative Politik machen.

Zu fragen ist schließlich, wie unsere Reaktion auf die Viruskrise von Mustern geprägt ist, die sich in den letzten zwanzig Jahren herausgebildet haben, also unter dem Eindruck und in der Epoche des Terrors. Es wäre höchst ungewöhnlich, wenn wir nicht davon geprägt wären. Aber taugen diese Muster zur Bewältigung einer weltweiten Pandemie?

Ein verblüffendes Beispiel für die Tragweite, die der unausgesprochene Zusammenhang zwischen 9/11 und der Coronakrise hat, lieferte gleich zu Anfang der Krise der populäre italienische Philosoph Giorgio Agamben. Er publizierte in der kommunistischen italienischen Tageszeitung *Il Manifesto* ein Pamphlet, worin er die westlichen Regierungen dafür kritisierte, den Ausnahmezustand auszurufen. Er unterstellte ihnen, sich auf diese Weise außerordentliche Machtbefugnisse anzueignen: „Nachdem der Terrorismus sich als Grund für den Ausnahmezustand erschöpft hat, kann die Erfindung einer Epidemie der ideale Vorwand dafür sein, ihn grenzenlos auszuweiten.“¹ Das Coronavirus sei „eine normale Grippe“.

Diese Stellungnahme zeigt, wie sehr die Reaktion auf die Viruskrise auch bei klugen Köpfen von der Epoche des Terrors geprägt ist: So wie die Terroranschläge tatsächlich dazu benutzt wurden, um elementare Rechte auszusetzen und eine Form des Ausnahmezustands zu begründen, dient der Corona-Ausnahmezustand angeblich ebenfalls zu nichts besserem. Man sieht daran, wie gefährlich es sein kann, wenn Befürchtungen aus anderen historischen Epochen ohne weiteres auf die gegenwärtige Situation übertragen werden. Die Lage könnte völlig falsch eingeschätzt werden und zahlreiche Menschen das Leben kosten.

Mag Agambens Einschätzung auch weit daneben liegen — es ist unwahrscheinlich, dass er der einzige ist, der veralteten Deutungsmustern auf den Leim geht. Zumal Agamben einer im Prinzip berechtigten Sorge Ausdruck gibt: Dass

¹ <https://ilmanifesto.it/lo-stato-decezione-provocato-da-un'emergenza-immotivata/>

die aktuelle Notlage von Regierenden und Staaten missbraucht werden könnte, anders gesagt, dass auch und gerade die staatlichen Akteure in irreführende politische Muster zurückfallen und die Situation ausnutzen, um Grundrechte dauerhaft auszuhebeln, wie es in Ungarn der Fall zu sein scheint.

Eine konkrete Gefahr ergibt sich zum Beispiel beim digitalen Datenschutz, der bereits seit 9/11 lückenhaft ist. Nun soll er auf freiwilliger Basis weiter gelockert werden. Dafür ist ein neues Zauberwort erfunden worden. Es lautet „Datenspende“. Man gibt seine Daten wie eine Spende für einen guten Zweck. Aber wie lange bleibt die Spende wirklich freiwillig? Wer nicht spendet, könnte bald als unsolidarisch gelten, und die Freiwilligkeit läuft Gefahr, unter dem Vorwand einer Notlage zur Vorschrift werden. Auch kann es sein, dass die gesammelten Daten möglicherweise mehr und andere Informationen liefern, als für die Bekämpfung des Virus nötig ist. So werden bereits heute von Israel die Erkenntnisse der Geheimdienste bei der Terrorbekämpfung zur Rückverfolgungen der Kontakte von infizierten Personen genutzt.

Auch dies, könnte man denken, ist eine gute Sache. Aber stellen wir uns vor, wir seien gestern zufällig an der falschen Person vorbeigelaufen, also an jemandem, der infiziert ist. Nun bekommen wir am nächsten Tag aus heiterem Himmel eine SMS vom Geheimdienst mit dem Befehl, uns unverzüglich für zwei Wochen in Quarantäne zu begeben. Wiewohl gar nicht feststeht, ob wir das Virus haben, und ohne dass wir getestet werden, wird uns mit einer hohen Geldstrafe gedroht, falls wir uns nicht an die Auflage halten.

Gleichzeitig werden wir gezwungen, das Handy immer bei uns zu tragen und es nicht auszuschalten. So kann immer festgestellt werden, wo wir sind. Um zu überprüfen, ob wir uns daran halten, bekommen wir in unregelmäßigen Abständen Nachrichten, die wir beantworten müssen. Wir können das Handy auch niemand anderem geben und dann heimlich aus dem Haus gehen, weil die App nur mit unseren Fingerabdrücken oder über eine Gesichtserkennung oder einen Scan unserer Augen funktioniert. Das Mobiltelefon, gestern noch das Instrument unserer Freiheit und Unabhängigkeit, wird so zu einer telefonischen Fußfessel. In China ist diese Entwicklung schon in die Wege geleitet. In der Türkei besteht für Corona-Infizierte neuerdings die Pflicht, eine Tracking-App zu benutzen, welche

die Bewegungen der Infizierten nachvollzieht. Wer gegen die Quarantänevorschriften verstößt, wird über eine Nachricht verwarnt.

Was an diesen Entwicklungen verwundert und skeptisch stimmt, ist die Plötzlichkeit, mit der auf einmal die Gesundheit Vorrang vor allem anderen hat, während bis dahin Wirtschaft und Unterhaltung unser Leben bestimmt haben, während am Gesundheitssystem nach Kräften viel gespart wurde. Somit liegt die Frage nah, ob es bei den gegenwärtigen Maßnahmen wirklich um die Gesundheit geht.

Ich glaube schon. Es geht sicher darum, dass das Gesundheitssystem nicht zusammenbricht, wie es der Fall wäre, wenn man dem Virus freien Lauf ließe. Aber hinter der ernst zu nehmenden Sorge um die Gesundheit steht noch eine andere Agenda, eine andere Herausforderung für Politik und Gesellschaft.

Wir erleben gegenwärtig, wie auf dem Feld der Gesundheit die Frage der gesellschaftlichen Kontrolle ausgefochten wird. Es ist eine Frage, die wir uns nicht stellen, wenn alles reibungslos läuft: Wie wird die Gesellschaft zusammengehalten und gemanagt, was sind die Mindestanforderungen, damit keine Anarchie ausbricht, kein Diktator die Macht ergreift, kein Militär auf den Straßen ist? In den früheren Jahren wurde diese Frage auf anderen Feldern ausgetragen, die als besonders wichtig, als ‚systemrelevant‘ galten: Auf dem Feld der Wirtschaft 2008, als zahlreiche Banken vom Bankrott bedroht waren, und dem Feld der Sicherheit, als im September 2001 und in den Jahren darauf der Terrorismus zuschlug.

Bei dem Versuch, unser gesellschaftliches System angesichts der Pandemie zu bewahren, sind gegenwärtig zwei Akteure besonders wichtig, die zugleich in Konkurrenz zueinander stehen. Zum einen sind dies die verschiedenen Nationalstaaten, zum anderen, die global agierenden Internetkonzerne wie Google, Apple, Amazon, Instagram, Facebook und so weiter. Nur sie verfügen über die nötigen persönlichen Infos, die nötig sind, um die Menschen direkt zu steuern, etwa Bewegungsdaten, persönliche Interessen, Kontakte zu anderen und so weiter. Dagegen hat der Staat die nötige ordnungspolitische Autorität, die Polizeigewalt.

Erst wenn beides zusammenkommt, die intimen Informationen und die ordnungspolitische Macht, ist es möglich, die Gesellschaft während einer Pandemie so zu steuern, dass der Schutz der Gesundheit zuverlässig gewährleistet werden kann. Freilich: Für die Terrorbekämpfung - oder schlicht zur Überwachung der Bevölkerung - haben viele Staaten schon vorher den Internetverkehr heimlich überwacht, ohne dass die Betroffenen oder die Internetkonzerne es wussten. Wo aber ist der Unterschied? Der Unterschied besteht in der gegenwärtigen Situation darin, dass die Bürger*innen, die überwacht werden, ganz offiziell und legal überwacht werden; und dass sie wissen und es wissen sollen, dass sie überwacht werden. Das ist keine Kleinigkeit, sondern ein ganz entscheidender Unterschied. Denn nur, wenn wir wissen, dass wir überwacht werden, prägt dies unser Verhalten, passen wir unser Verhalten in der Weise an, wie es von der Autorität oder vom Staat, gewünscht wird. Nur dann werden wir nicht einfach überwacht, sondern tatsächlich auch beeinflusst und gesteuert.

Der Hinweis, dass das gefährlich ist und missbraucht werden kann, erübrigt sich. Es muss aber nicht in jedem Fall gefährlich sein. Tatsächlich dient diese Form der Kontrolle, Überwachung und Steuerung gegenwärtig dazu, die Gefahr einer Ausbreitung der Pandemie einzudämmen. Wirklich gefährlich wird diese Form von Kontrolle erst, wenn sie von autoritären und undemokratischen Regierungen angewendet wird, zumal wenn sie sich diese Regierungen nicht mehr abwählen lassen, wie es in China, in Russland, in Iran und vielen anderen Ländern der Fall ist.

Statt mit Apps die Gesundheit zu kontrollieren, kann in solchen Systemen mit derselben Technik jede Art von Bewegungen kontrolliert werden. So können despotische Regime mit Hilfe von Tracking-Apps jeden beliebigen Menschen dazu zwingen, zu Hause zu bleiben oder einen bestimmten Umkreis nicht zu verlassen. Dazu braucht man nicht einmal Gefängnisse. Man muss auch keine Gewalt anwenden — allenfalls dann, wenn die Leute sich nicht an die Vorgaben halten. Aber es dürfte nur wenige Leute geben, die nicht lieber zuhause eingesperrt sind als im Gefängnis.

Wir, die Bürgerinnen und Bürger, die Menschen überall in der Welt, stehen also gegenwärtig vor zwei großen, gleichzeitigen Herausforderungen, die eigent-

lich beide miteinander unvereinbar sind: Wir müssen einerseits versuchen, das biologische, tatsächliche Virus nach Kräften einzudämmen — gerade auch dann, wenn man es nur für einen Vorwand hält, um eine bestimmte, autoritäre Politik durchzusetzen. Gleichzeitig müssen wir uns aber gegen das Virus der Kontrollgesellschaft wehren, jenes politische Virus, das im Schlepptau und Windschatten des biologischen Virus überall Einzug hält und von vielen Menschen gar nicht gesehen, ja von manchen sogar begrüßt wird. Je schneller das Virus auf natürliche Weise, nämlich durch vernünftiges, rücksichtsvolles Verhalten eingedämmt wird, desto geringer ist die Gefahr, dass Technik und Überwachung diese Aufgabe übernehmen. Und desto geringer ist auch die Gefahr, dass Regierungen die Krise und das Virus zur Ausrede nutzen, um unsere Freiheit einzuschränken und neue Überwachungstechniken zu testen.

Denn unsere vielbeschworene Freiheit, der Individualismus, ‚unser‘ Lebensstil als solcher, all diese schönen Dinge sind zweifellos nicht systemrelevant, und das verwundert nicht: Sie sind ihrem Begriff und Selbstverständnis nach das Gegenteil der Kontrolle, der Sicherheit, der Steuerung von Gesellschaft. Politik und Staat werden in der gegenwärtigen Krise auf ihre fundamentalsten Funktionen von Kontrolle und Sicherheit zurückverwiesen, und der eigentliche Schock, den vielen Menschen heute erleben, besteht in der plötzlichen Erkenntnis, dass alles andere nicht wirklich wesentlich, nur wie ein Spiel, nur schönes Gerede war.

Am sichtbarsten wurde das ausgerechnet auf denjenigen Gebieten, die sonst einen Großteil der Aufmerksamkeit und symbolischen Wichtigkeit für sich beanspruchen, nämlich Sport und Kultur. Sie waren die ersten, die nicht mehr funktionieren durften; sie waren diejenigen, die man am leichtesten zurückfahren und aussetzen konnte und die in ihrem vormaligen, blendenden Glanz vermutlich nicht wiedererstehen werden. Tatsächlich stellt sich heute die Frage: Wieviel Sport brauchen wir wirklich? Was bedeutet es, wenn wir nicht mehr in Konzerte, nicht mehr in Kinos und Museen gehen können? Was fehlt uns, wenn wir keine Autor*innen mehr lesen hören, keine Diskussionsveranstaltungen mehr besuchen, nicht mehr ins Theater gehen? Und wird man die staatliche Unterstützung für Kunst und Kultur später nicht sehr leicht kürzen können, wenn man feststellen sollte, dass es auch ohne geht? Aber geht es ohne?

Virus und Terror sind ein Prisma. Sie zerlegen unsere Gesellschaften in ihre Spektralfarben und zeigen uns, wer wir sind, aus welchen Elementen wir bestehen, wie die Hardware unter unseren schönen, aber trügerischen Benutzeroberflächen wirklich funktioniert und welche Prioritäten wir setzen, wenn die Zeit von Rhetorik und Wunschdenken vorbei ist. Wir schauen uns bei dieser Spektralanalyse zu, kratzen uns am Kopf und fragen uns, wo wir morgen aufwachen werden.

II. KRIEGSRHETORIK

Eine auffällige Ähnlichkeit zwischen der Coronakrise und der Zeit nach den Terroranschlägen in den USA im Jahr 2001 ist die Rhetorik. Um auszudrücken, wie schwerwiegend die Situation ist, bedient man sich der Sprache des Krieges. Wie damals die Terroristen soll nun das Virus besiegt werden. „Wir sind im Krieg“, hieß es in vielen Hauptstädten, nicht nur in den USA. Der Bürgermeister von New York, Bill de Blasio, nannte in einem Tweet die Beatmungsgeräte die „Waffen“ in diesem Krieg. Die Gleichsetzung von Beatmungsgeräten und Waffen verwischt den entscheidenden Unterschied, der darin besteht, dass Beatmungsgeräte Leben retten, während Waffen Leben auslöschen.

Der Vergleich verharmlost aber nicht nur die Waffen; er zeugt auch von einer großen Sprachlosigkeit. Und hinter dieser Sprachlosigkeit steht eine Konzeptlosigkeit, ein Mangel von Alternativen. Dieselbe Konzeptlosigkeit lag auch den hilflosen Antworten auf den Terror zugrunde: Es standen offenbar nur militärisch-polizeiliche Lösungen zur Verfügung, etwas anderes fiel niemandem ein. Dies führte in Afghanistan und Irak zu verheerenden und schließlich verlorenen Kriegen.

Wenn die Regierungen heute vom Krieg gegen das Coronavirus reden, beschwören sie dadurch die Möglichkeit herauf, Maßnahmen wie im Krieg zu ergreifen. Genau das ist neunzehn Jahre zuvor beim „Krieg gegen den Terror“ geschehen, als umfangreiche Überwachungsmaßnahmen und die Aussetzung von Grundrechten beschlossen wurden. Das betraf damals nur wenige (wenn zum Beispiel bestimmte Foltertechniken erlaubt wurden), heute betreffen die Maßnahmen alle Menschen. Ohne die Kriegsrhetorik wäre es auch schwer zu vermitteln, dass unsere Wohnungen in Selbstversorger-Gefängniszellen, unsere Mobiltelefone in elektronische Fußfesseln verwandelt werden, während andererseits wegen der Ansteckungsgefahr zahlreiche Insassen vorzeitig aus den Gefängnissen freikommen. Was für eine verkehrte Welt!

Freilich, das alles geschieht zu einem guten Zweck, nämlich um Leben zu retten. Aber ist es in derartigen Krisensituationen nicht immer so? Auch die ‚verschärften Verhörmethoden‘ wurden der amerikanischen Regierung zufolge nur angewendet, um Leben zu retten und weitere Terroranschläge zu verhindern. So beunruhigend diese Ähnlichkeiten sind, so wichtig ist es, die entscheidenden Unterschiede nicht zu verschweigen: Höchstwahrscheinlich hat die Folter kein Leben gerettet und keine Terroranschläge verhindert. Höchstwahrscheinlich rettet die häusliche Quarantäne Leben.

Man könnte auch sagen, dass die kriegerische Rhetorik heute keinen echten Krieg ankündigt, sondern metaphorisch zu verstehen ist und dazu dient, die Dringlichkeit der Situation zu veranschaulichen. Aber auch die Rede vom „Krieg gegen den Terror“ ist zunächst nur eine Metapher gewesen. Und Metaphern generieren eine Eigendynamik. Sie sind wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung: Aus einem sprachlichen Bild wird auf einmal eine Wirklichkeit. Die Gefahr, dass es zu einer solchen Eigendynamik, zu einer sich selbst erfüllenden Verwirklichung der Metapher kommt, besteht auch im Fall des Krieges gegen das Virus.

Diese Gefahr besteht auch deshalb, weil das Virus genauso unsichtbar, ungreifbar und allgegenwärtig ist wie es nach 9/11 der Terrorismus zu sein schien. Als Sinnbild dafür galt der sogenannte „Schläfer“, ein unauffällig unter uns lebender Terrorist, der jederzeit überraschend zuschlagen könnte. Da für diese Rolle vor allem Muslim*innen infrage kamen, förderte die Rede von den „Schläfern“ den anti-muslimischen Rassismus. In den Jahren zwischen 2001 und 2020 entwickelte sich daraus ein global agierender weißer Terrorismus von rechts, der mit der Mordattache in Hanau noch kurz vor der Coronakrise einen traurigen Höhepunkt in Deutschland erreichte. Offenbar war auch der Terror nicht nur ein muslimisches Problem, sondern wirkte ebenso ansteckend wie das Virus, das nicht nur ein chinesisches Problem ist.

Virus und Terror sind auf ähnliche Weise ansteckend; aber es gibt einen interessanten Unterschied: Wurde die terroristische Gefahr lange Zeit als eine wahrgenommen, die vom anderen oder Fremden ausging, nie aber von ‚uns selbst‘ (wer auch immer das ist), nie aber von ‚einem selbst‘ — denn wir glauben uns ja zu kennen und trauen uns derartige Taten nicht zu, so kann das echte Vi-

rus eine*n jede*n, also ‚uns‘ auch gegen den eigenen Willen, die eigene Kontrolle, das eigene Wissen in eine*n Gefahresträger*in verwandeln.

Jede*r einzelne ist in der gegenwärtigen Situation ein möglicher Schläfer, ist der Gefährder oder die Gefährderin, gegen die sich der Krieg gegen den Terror des Virus richtet. Auf uns alle trifft jetzt zu, was Sigmund Freud, der Erfinder der Psychoanalyse, vom Ich gesagt hat: Es ist nicht Herr im eigenen Haus. Narzisstische und megalomane Charaktere tun sich mit dieser Erkenntnis besonders schwer. Sie wollen nicht wahrhaben, dass sie selber sozusagen Schläfer sein und andere anstecken können — sei es mit dem Virus, sei es mit ihrem Größenwahn und Narzissmus. Sind solche Menschen in Führungspositionen, stellen sie für die jeweiligen Gesellschaften eine ebenso große Gefahr dar wie der Terrorismus. Politiker wie Trump in den USA, Johnson in Großbritannien und Bolsonaro in Brasilien illustrieren dies in dieser Krise von Woche zu Woche.

Dass nicht nur unter selbstbewussten Politiker*innen, sondern auch in der Bevölkerung Stimmen laut werden, die sich gegen diese Kränkung, gegen den Generalverdacht, Virusträger*in zu sein wehren, da sie sich für unschuldig und ungefährlich halten, liegt in der Natur der Sache. Das ist eine weitere auffällige Analogie zur Epoche nach 9/11: Es entspricht dem Gefühl, dass viele Muslim*innen nach den Terroranschlägen hatten, als sie pauschal verdächtigt wurden, Sympathisant*innen, Unterstützer*innen oder „Schläfer“ zu sein. Heute sind wir hingegen alle in der Position der damals pauschal verdächtigten Muslim*innen und möchten darauf aufmerksam machen, dass wir ungefährlich sind, ‚normal‘. Gleichwohl werden wir einem Generalverdacht unterzogen und in eine Form von vorbeugender Kollektivhaft genommen, behandelt wie potentielle Gefährder*innen, nur eben keine islamistischen, sondern virologischen. Das ist für jede*n von uns eine interessante Erfahrung.

Der Blick zurück in die Epoche des Terrors lehrt auch, dass es fahrlässig wäre zu glauben, dass das Virus bald besiegt ist. Schon jetzt ist abzusehen, dass es mehrere Wellen geben könnte, dass hier und da immer wieder ‚Virusherde‘ aufblühen wie Feuer im Wald. Selbst wenn irgendwann im nächsten Jahr ein Impfstoff zur Verfügung steht, sollten wir uns nicht zu sicher fühlen. 2002 schienen die Taliban besiegt. Sie kehrten aber wieder, erstarkten und zwangen die

USA zu Friedensgesprächen. Bin Laden wurde getötet, und al-Qaida, seine Terrororganisation, wurde unbedeutend. Stattdessen aber entstand mit dem IS, dem sogenannten Islamischen Staat, eine Terrororganisation, die noch brutaler vorgeht. Und schließlich übersprang der Terror die vermeintliche Kulturgrenze zwischen Westen und Islam so wie das Virus die biologische Grenze von Mensch und Tier übersprungen hat.

Freilich hat schon die moderne Form des Terrors, wie sie später von den muslimischen Terroristen übernommen wurde, ihre Wurzeln im neunzehnten Jahrhundert in Europa. Es waren befreiungsnationalistische und anarchistische Bewegungen, die ihn ersannen, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen und die Verletzlichkeit der herrschenden Ordnung aufzuzeigen. Das wiederum hat die anti-kolonialen Widerstandsbewegungen inspiriert, zum Beispiel den Kampf der algerischen Befreiungsbewegung FLN gegen die Franzosen oder den der jüdischen Hagana gegen die britische Mandatsmacht in Palästina, später der Palästinenser gegen die Israelis, und so weiter. Nach Art des viralen Re-Imports hat ein auf diese Weise begründeter Terror nun seinerseits wieder westliche Bewegungen angesteckt, beziehungsweise inspiriert, etwa die Terroristen der White-Supremacy-Bewegung, die eine Form des ‚vigilantischen‘ Terrorismus praktizieren, das heißt sie glauben ihre Gesellschaften gegen vermeintlich fremde Elemente oder eine despotische Regierung verteidigen zu müssen, wie es die Attentäter von Hanau 2020 oder von Utøya 2011 in ihren wirren Manifesten darzulegen versuchten.

Übertragen auf die aktuelle Situation heißt das: Es werden andere Viren kommen, und auch das Coronavirus wird in mehreren Wellen auftreten. Womöglich wird es mutieren, so dass es von den Impfungen nicht mehr erfasst wird, und es wird an verschiedenen Orten auf lokaler Ebene wieder aufflammen, so dass viele Maßnahmen, die vor kurzem erstmals getroffen worden sind, verstetigt werden. So wie man nach 9/11 unentwegt die Torgefahr auf dem Schirm hatte und glaubte, permanent irgendwelche Maßnahmen dagegen ergreifen zu müssen, (gleich ob sinnvoll oder nicht), um Sorge und Handlungsfähigkeit zu signalisieren, wird man nach der Coronakrise die virale Verletzlichkeit unserer Gesellschaften im Auge behalten, und manche Politiker*innen werden sie als Vorwand für einen populistischen, in autoritären Show-Effekten bestehenden

Aktionismus nehmen (etwa Grenzschließungen, Einwanderungsstopps, rigorose Ausgangsverbote), während wiederum andere ihre politische Zukunft darin sehen werden, die Befreiung von den Corona-Maßnahmen zu propagieren (die sogenannte Öffnung) und alles für halb so schlimm zu erklären, wie es ebenfalls schon heute geschieht. Unter Umständen können sich diese beiden, in sich widersprüchlichen politischen Antworten auch in ein und demselben Politiker verkörpern, wie es bei Trump zu sein scheint, der beide Formen des Populismus, den Gesundheitspopulismus und den Öffnungspopulismus („opening up America“), gleichzeitig zu bespielen versucht, wobei der gemeinsame Nenner einerseits in Trump selbst, andererseits im Populismus als solchem besteht, der sich erfahrungsgemäß nicht darum schert, ob Aussagen widerspruchsfrei sind oder nicht.

Wir sehen an diesen Beispielen, dass die Parallelen zwischen Terror und Virus nicht allein aus der bloßen Tatsache resultieren, dass es Virus und Terror gibt, sondern ebenso sehr aus unserer Art und Weise, damit umzugehen, also mit geheimdienstlichen, ordnungspolitischen oder polizeilichen Mitteln, militarisierter Rhetorik, mit Populismus und großen Gesten. Die Parallelen bestehen, auch und gerade in Demokratien darin, die Verhinderung des Terrors und die Eindämmung des Virus als eine Form des Krieges, des Kampfes, des Antagonismus zu begreifen, und damit Emotionen und politische Stimmungen zu schüren, Wählerstimmen zu generieren, statt die Ereignisse sachlich zu betrachten, ihre Ursachen zu ergründen, sie ernst zu nehmen und daraus Lehren zu ziehen. Was den „Krieg gegen den Terror“ betrifft, wissen wir heute, dass er gescheitert ist und katastrophale Entwicklungen in Gang gesetzt hat. Hilfreicher wäre es gewesen, auf die Lehren des Terrors zu hören, so ungewöhnlich das gewesen wäre, so unangenehm die Botschaft und die politischen Konsequenzen.

Um auf die Botschaften, die derartige Krisen bereithalten, zu hören und klüger darauf zu reagieren, brauchen wir andere Konzepte als die bloße Konfrontation, den Krieg, den Antagonismus. Aber welche gibt es? Wir stehen vor demselben Dilemma wie der Bürgermeister von New York: Uns fehlt die Sprache, uns fehlen die Alternativen. Aber hat man einmal verstanden, dass die schlichte Bekämpfung, der offene Krieg die Lösung nicht sein kann, dann wäre die richtige Antwort genau das Gegenteil des Krieges und der Konfrontation: Gespräch, Verhandlung, Kompromiss, Abstimmung, Solidarität, Empathie.

Bedenkt man dies, mutet die Rede vom Krieg gegen das Virus nur umso verfehlter an. Ein Krieg, der nur dazu dient, die Opferzahlen zu reduzieren, ist ein unheroischer Krieg, nichts als ein Akt der Nächstenliebe und damit das Gegenteil vom Krieg. Ein unheroischer Krieg aber ist ein Unding. Es fehlt ihm der Feind als anderer Mensch, dem die Schuld gegeben werden kann und der die Wut auf sich zieht, das Hassobjekt, das die Terroristen und für viele der Islam insgesamt so hervorragend darstellten. Der Krieg gegen das Virus ist rein rhetorisch, und deswegen ist er verzweifelt und schwach, ein „Schattenboxen“. Die materiellen Opfer, die in diesem Krieg der Bevölkerung abverlangt werden, vermindern die Zahl der menschlichen Opfer. Die Geretteten hingegen bleiben ebenfalls anonym, sind eine statistische Größe, während die Einschränkungen im Alltag für jede*n einzelne*n sehr konkret sind. Daher bleibt die Identifikation mit der Sache, um die es geht, abstrakt und ist von geringer emotionaler Wirkung. So inständig die Kriegsmetapher bemüht wird, sie zündet nicht.

Um das Virus unter Kontrolle zu bekommen, müssen wir uns von der Logik des Krieges verabschieden. Wir müssen uns, wenn wir ein Problem haben, von der Logik der Konfrontation verabschieden und in einen Dialog mit dem Gegner eintreten. Mit dem Virus zu verhandeln ist einerseits leichter, andererseits schwieriger als mit dem Terror zu verhandeln. Es ist leichter, weil es nicht so kränkend ist, wie mit jemandem zu verhandeln, der uns hasst und angreift. Es ist schwieriger, weil das Virus uns nicht sagen kann, was es will, ja weil es nicht einmal einen eigenen Willen hat.

Dennoch hält das Virus eine Botschaft für uns bereit. Sie entspricht dem, was wir auch vom Terror hätten lernen können. Die Botschaft lautet, dass wir die Globalisierung nicht beherrschen können, und dass sie zahlreiche Opfer hervorbringt, sei es unter den Menschen, sei es was die Umwelt und die Natur betrifft. Die Botschaft, die Virus und Terror für uns bereithalten, lautet, dass wir die Globalisierung anders, besser, sanfter gestalten müssen, rücksichtsvoller, im Dialog; andernfalls verschlingt sie uns alle.

III. GLOBALISIERUNG

Es gibt zwischen 9/11 und der Coronaviruskrise Zusammenhänge und Gemeinsamkeiten, die tiefer gehen als die rhetorische Ebene und die Rede vom Krieg. Beides, die weltweite Verbreitung des Virus und der internationale Terror, sind eine negative Folge der Globalisierung. Sie sind ihr Produkt und zugleich ihr Widersacher. Anders gesagt: Die Globalisierung, die totale internationale Verflechtung unserer Gesellschaften, bringt Kräfte hervor, die sich gegen die Entwicklung auflehnen. Virus und Terror kehren die Globalisierung gegen sich selbst und stellen sie in Frage, zeigen ihre Risiken und Gefahren auf: Es ist nicht möglich, sie verlässlich zu steuern und zu beherrschen.

Schon jetzt ist abzusehen, dass die Debatte über die Globalisierung nach der Coronakrise neu geführt werden wird. Nicht freiwillig natürlich, sondern angesichts der politischen und weltwirtschaftlichen Krisen, die uns bevorstehen werden. Bemerkenswert daran ist, dass damit unter verschärften Vorzeichen an die Debattenlage aus der Zeit vor 9/11 wieder angeschlossen wird, etwa an die umweltpolitische Agenda des demokratischen Präsidentschaftsbewerbers Al-Gore im Jahr 2000 oder die globalisierungskritischen Proteste von 1999 gegen die Tagung der Welthandelsorganisation in Seattle. Mit den Terrorattacken am 11. September 2001 brachen diese Debatten ab. Die bereits damals fällige Klimadebatte wurde mehr als fünfzehn Jahre hinausgezögert, während die Wirtschaft vom politischen Fokus auf den Terror profitierte und die Globalisierung ohne Rücksicht auf die Umwelt vollendete und unwiderruflich zu machen schien.

Das bereits beklagte Fehlen von Konzepten, um die gegenwärtigen Herausforderungen zu bewältigen, hängt wesentlich mit der Unterbrechung alternativer Debatten in Folge von 9/11 und dem ‚Krieg gegen den Terror‘ zusammen. Das von Präsident Bush damals ausgegebene Motto „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“, lässt keine Spielräume für flexible Antworten, weder auf den Terrorismus, noch auf das Coronavirus oder die wirtschaftliche Globalisierung. Während es vor dem Coronavirus jedoch noch einen Unterschied zwischen ‚uns‘ und vermeintlich ‚anderen‘ gab, so bekämpfen jetzt alle das Virus, das heißt alle sind für

‚uns‘. Was viele als positive Nachricht deuten, weil das Virus die Menschheit einigle und keine Unterschiede mache, könnte jedoch auch eine schlechte Nachricht sein.

Wäre es wirklich gut, wenn es zwischen dem absoluten Wir der Menschheit und dem absoluten Anderen des Virus kein überbrückendes Drittes, keinen gemeinsamen Nenner gibt? Wenn alle Menschen das Wir repräsentieren, was ist dann dasjenige, das gegen uns ist und gegen das wir dann logischerweise zu sein haben? Es steht zu befürchten, dass dies der ganze, nicht-menschliche Rest des Planeten ist, das heißt die Natur, die Umwelt, die Biodiversität. In Anbetracht des menschlichen Wütens gegen die Umwelt in den letzten Jahrzehnten liegt diese Deutung nah.

Kein Wunder also, könnte man denken, dass die Natur zurückschlägt und nun ihrerseits nach dem Motto handelt, dass die, die nicht für sie sind, gegen sie sein müssen. Sie hätte damit vermutlich recht. Aber da sie keine Akteurin mit menschlichen Eigenschaften ist, können wir mit ihr keine Verhandlungen aufnehmen, keinen Kompromiss aushandeln, keine Friedensvereinbarung schließen. Uns bleibt also nichts anderes übrig, als uns mehr und mehr nach ihr zu richten; oder uns aber weiterhin in der eiteln Hoffnung zu wiegen, mit Hilfe von Technik und Wissenschaft den Krieg gegen die Natur doch noch zu gewinnen.

Die Vorstellung eines ‚Wir‘, dass sich auf die Menschheit beschränkt, der bloße anthropozentrische Humanismus, ist jedoch zum Scheitern verurteilt, wie wir heute begreifen — eine Schlussfolgerung, die wir bereits vor 9/11 hätten ziehen können und die wir ohne 9/11 womöglich schon gezogen hätten. Der Terror und die darauf folgende aggressive Politik hat dazu beigetragen, dass die Natur uns heute harte materielle und menschliche Opfer abfordert und uns ‚besiegt‘, bevor wir die Chance hatten ihr entgegenzukommen; bevor wir die Gelegenheit hatten, in kleinen Schritten und freiwillig das zu tun, wozu wir nun überstürzt, unvorbereitet und unter dramatischen Umständen gezwungen werden. Um uns erfolgreich gegen den neuen ‚Feind‘ zu wehren, machen wir ihm gezwungenermaßen Zugeständnisse, fliegen wir zum Beispiel nicht mehr, konsumieren nicht mehr so viel.

Interessanterweise ist es nach 9/11 nicht viel anders gewesen. Aller Freiheitsrhetorik zum Trotz liefen die ergriffenen Anti-Terrormaßnahmen auf Einschränkungen der Freiheiten hinaus, die bis dahin als essenziell für das imaginierte westliche ‚Wir‘ gehalten worden sind. Und die klügeren Akteur*innen in Politik und Gesellschaft sind auf die Muslim*innen zugegangen, haben das Gespräch gesucht und begonnen, sich für sie zu interessieren.

So ungern man sich diese positiven Effekte und ihre Zusammenhänge mit 9/11 eingesteht, so sind doch andererseits viele bereit, zuzugestehen, dass Corona unsere Lebensgewohnheiten nachhaltig positiv verändern könnte oder andere gute Effekte hat, etwa einen deutlich reduzierten CO₂-Ausstoß, eine neue, überraschende Solidarität unter den Menschen, andere Prioritäten und so weiter.

Hätten wir uns bereits zehn oder zwanzig Jahre zuvor dank einer sensiblen Umweltpolitik einen weniger expansiven Lebensstil angewöhnt (so utopisch diese Vorstellung klingen mag), würden wir die Einschränkungen, die nun erfolgen, als weniger einschneidend erfahren, würden sie weniger intensiv ausfallen. Man traut sich kaum, das eigens auszusprechen, so offensichtlich ist es. Es auszusprechen, ist jedoch wichtig. Denn damit sagen wir, was zu tun sein wird, wenn die Krise vorüber ist.

Noch in ganz anderer Hinsicht aber hat die Nach-9/11-Politik unmittelbare Auswirkungen auf die politische Reaktion auf das Coronavirus: Ohne 9/11 ist das Aufkommen des Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien nicht richtig zu verstehen. Der fremdenfeindliche Diskurs der Populist*innen wurde zuerst durch den Terrorismus, dann durch die verstärkte Zuwanderung befeuert. Diese Flüchtlingskrisen sind wiederum eine direkte Folge der Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens durch die Kriege gegen den Terror. Angesichts von Corona jedoch entpuppt sich der Populismus, sein Hang zu Übertreibungen und Verschwörungstheorien, seine Verachtung von Wissenschaft, seine politischen Überreaktionen und Kurzschlusshandlungen als Gefahr für Leib und Leben der Bevölkerungen.

Die Namen der Politiker, die dies illustrieren, sind bekannt. Sie alle unterschätzen und verharmlosen das Virus, haben zu spät oder gar nicht für einschneidende Gegenmaßnahmen plädiert (oder für falsche), haben ein problema-

tisches Verhältnis zur Wissenschaft. Wie die unterschiedlichen Länder mit der Coronakrise umgehen und welche Politiker*innen über Leben und Tod entscheiden, ist somit wesentlich eine Folge der nach 9/11 eingerissenen Politik. Man muss diese Zusammenhänge nur sehen *wollen*.

Der islamische Terror war seinerseits bereits eine spezifische Reaktion auf die nach 1989 einsetzende neue Welle der Globalisierung. In einer tieferen historischen Schicht ergeben sich somit Bezüge zur kolonialen Globalisierung und zur anti-kolonialen Gegenreaktion. Der Kolonialismus ist seinerseits bei der viralen Globalisierung federführend gewesen und hat von ihr profitiert, hat sie für sich wirken lassen. Die fast vollständige Ausrottung der Indigenen der beiden Amerikas ist statistisch betrachtet weniger eine Folge der unmittelbaren kolonialen Gewalt gewesen als eine Folge der Ansteckung der amerikanischen Bevölkerungen mit Viren und Bakterien, gegen die sie keinerlei Resistenzen hatten.

So wie auf die koloniale Gewalt mit Terror geantwortet wurde, der sich auch auf durchaus legitime anti-koloniale Befreiungsdiskurse berief, kommt es gegenwärtig zu einer *viralen Nemesis*, die ihrerseits als Terror empfunden und mit ihm verglichen wird. Dieser viralen Nemesis gegenüber haben die Länder der nördlichen Hemisphäre keine politischen und wirtschaftlichen Resistenzen entwickelt, die dort lebenden Menschen keine psychologischen. Sie sind solche Verhältnisse nicht mehr gewohnt, anders als die Menschen der südlichen Hemisphäre, anders als Opfer von Kolonialismus und Globalisierung, als die Menschen in China, in Ägypten, im Irak, in Syrien, in Afghanistan oder im Gaza-Streifen, die Repression, Ausgangssperren und mangelnde Freiheit seit langem kennen.

Die Viralität als solche, im nicht-biologischen Sinn zu fassen als Medialität, Kommunikation, Ideentransfer, Propaganda, Missionierung, framing ist ein Signum der im Kolonialzeitalter in die Welt getragenen Moderne. Es würde sich einmal lohnen, die These aufzustellen, diese Moderne sei nicht als politische oder ökonomische am besten zu beschreiben, sondern als virale im metaphorischen, auf Ideen und Vorstellungen bezogenen Sinn. So erklärte sich dann, dass sie mit einer immer weiter beschleunigten Kommunikationstechnik einhergeht und diese vor allen anderen Techniken vorantreibt, angefangen beim Telegraphen über das Radio und die Bildmedien bis zum Internet, das inzwischen einen individua-

lisierten Datenaustausch in Echtzeit ermöglicht. Diese virtuelle Hochgeschwindigkeitsviralität versetzt uns inzwischen in die glückliche Lage, die reale, parasitäre, biologische Viralität auszubremsen. Je stärker wir aber die biologische Viralität ausbremsen, desto schneller liefern wir uns dieser datenbezogenen, medialen aus, deren Folgen verheerender und unkontrollierbarer sein werden als diejenigen durch das biologische Virus, gegen das es eines Tages eine Impfung geben wird. So schlimm das Virus sein mag, die politische Ansteckung durch die politischen Mittel und datenbezogenen Kontrollmaßnahmen, die nötig sind, um das echte Virus zu bekämpfen, könnte sich am Ende als gefährlicher erweisen. Es gibt gegen sie keine Impfung.

Wenn die Viralität als solche aber das Grundprinzip der Moderne und der globalen Vernetzung selbst ist, sollte es nicht verwundern, dass sie der Kontrolle entgleitet und sich auch gegen jene richten kann — die Menschen in den liberalen Demokratien — die sie lange Zeit mit Erfolg im eigenen Sinn und für die eigenen Zwecke genutzt haben. Der wiederholte Widerstand, der von der biologisch-parasitären Viralität gegen die metaphorische Viralität der Moderne in Anschlag gebracht wird, ist auch keine neue, erst unserer Generation zukommende Erfahrung, sondern hemmte und verlangsamte bereits den frühen Kolonialismus und verzögerte vermutlich um Jahrhunderte die Ausbreitung der westlich geprägten Moderne, wie ersichtlich wird, wenn wir uns die beträchtliche Sterberate durch Tropenkrankheiten unter den in die Kolonien entsandten Europäer*innen vor Augen halten.

Der internationale Terror ist in ähnlicher Weise eine politische Anti-Reaktion auf die Globalisierung wie die Verbreitung des Virus eine biologische ist. Die richtige Frage, die wir aus der Geschichte unseres Umgangs mit dem Terror zu ziehen haben, lautet nicht, wie wir das Virus oder den Terror restlos vernichten; der Preis dafür wäre und war im Fall des Terrors bereits viel zu hoch. Die Antwort kann nicht in der Ausrufung eines Krieges bestehen, der ja mangels militärisch oder medizinisch eindeutig bekämpfbarer Ziele gar nicht abschließend zu gewinnen ist. Die Frage kann nur lauten, wie es gelingt, dem Virus oder dem Terror, der seine eigenen viralen Eigenschaften ausreichend unter Beweis gestellt hat, den Resonanzraum zu nehmen, die Entfaltungsmöglichkeiten.

Die Unterscheidung zwischen Politik und Biologie, zwischen Terror und Virus, so eine weitere Schlussfolgerung aus unserem Vergleich zwischen 9/11 und der Coronakrise, ist nachrangig, ja letztlich irreführend. Sie hindert beim Verständnis der gegenwärtigen Vorgänge und schneidet uns von der Möglichkeit ab, aus dem einen für das andere zu lernen.

Eine der Lehren, die an dieser Stelle für die langfristige Bewältigung der Coronakrise zu ziehen wäre und die sich auch im Rückblick auf 9/11 ergibt, läge darin, auf das zu hören, was uns der Gegner zu sagen hat, sagen zu wollen scheint, ganz gleich, ob dieser Gegner ein Terrorist oder ein Virus ist, ganz gleich auch, wie unangenehm, ja womöglich inakzeptabel diese Botschaft zunächst anmutet.

Die nach 9/11 gepflegte Haltung pseudo-überlegener Arroganz darf sich nicht wiederholen. Wenn die Lehre, die wir aus einer Krise ziehen, darin besteht, genauso weiter zu machen wie bisher, ja es möglichst noch wilder zu treiben, verdient sie ihren Namen nicht. Dabei steht nichts Geringeres auf dem Spiel als die Lernfähigkeit von Gesellschaften, gerade auch der liberalen Demokratien. Wenn sie diese Lernfähigkeit nicht besitzen, werden sie sich gegenüber autokratischen Tendenzen nicht halten können. Es steht viel auf dem Spiel.

IV. FRAGE DER LEGITIMITÄT

Der Terrorismus teilt mit der Coronakrise eine weitere Bedingung, ohne die beide nicht hätten entstehen können, jedenfalls nicht in dieser Wucht. Was ich meine, ist eine politische Zwangslage, ist mangelhaft legitimierte politische Herrschaft. Das klingt abstrakt, ist aber leicht erklärt: Das Coronavirus wäre sehr wahrscheinlich schnell gestoppt worden, wenn die chinesischen Behörden die ersten Meldungen von Ärzten und Ärztinnen über das Virus nicht zensiert hätten. Zensur ist ein Zeichen und zugleich ein beliebtes Mittel mangelhaft legitimierter, autokratischer Herrschaft. Wir können sagen: Genau dasjenige, was es China erlaubte, das Virus später effektiv zu bekämpfen, nämlich die umfangreiche autoritäre Kontrolle über die Gesellschaft (wofür China paradoxerweise oft gelobt worden ist) hat seine Verbreitung erst ermöglicht, indem die Zensur die frühen Berichte der Ärzte darüber unterdrückt hat.

Auch die Entstehung des islamistischen Terrors steht in einem klaren Zusammenhang mit den despotischen, mangelhaft legitimierten Regimen in der islamischen Welt. Diese Regime waren — lange vor Zielen im Westen — die eigentliche Zielscheibe des islamischen Terrors, und das betraf säkulare wie islamische Regime gleichermaßen, vor allem Saudi-Arabien (ein Hauptgegner Bin Ladens und des IS). Auch die Internationalisierung des Terrors ist, analog zur internationalen Ausbreitung des Virus, vor dem Hintergrund mangelhaft legitimierter und akzeptierter Herrschaft zu sehen: Um die oppositionellen Bewegungen vom Fokus auf die einheimische Situation abzulenken, wurde die islamistische Ideologie mit Unterstützung der Staaten (vor allem die Emirate und Königreiche am Persischen Golf), die in ihre Schusslinie geraten waren, exportiert und ihre gewaltbereiten Vertreter in den Untergrund, ins Ausland oder in Kriegsgebiete wie Afghanistan und den Irak gedrängt, von wo sie, wie etwa Bin Laden, fortan neue Ziele suchten. Der Export von Extremismus und Terror, die Verdrängung des ursprünglich inländischen Terrors ins Ausland ist für den Fortbestand dieser Regime, für ihre Abwehr von Kritik und für die Verschleierung ihrer Unglaubwürdigkeit und mangelnden Legitimität zentral gewesen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, was in der Beurteilung der chinesischen Reaktion selten gesehen wird: Der Export des Virus, die Probleme, die es inzwischen überall auf der Welt bereitet, verleihen dem autoritären chinesischen Umgang damit im Nachhinein eine Legitimität, die er ohne diesen Export der Krise nicht hätte. Wäre das Virus auf China begrenzt geblieben, so wäre die Coronakrise als ureigener chinesischer Skandal gedeutet worden. Es hätte sich also um eine Fehlentwicklung gehandelt, vor der sich offene, demokratische Gesellschaften geschützt geglaubt hätten. Da inzwischen aber alle zu ähnlichen Maßnahmen wie China gezwungen sind, wirkt das chinesische Verhalten inzwischen vorbildlich. Da das Virus inzwischen weltweit jedes politische System auf die Probe stellt, hat China erfolgreich von den eigenen Fehlern abgelenkt.

Auf ähnliche Weise lobte und lobt man despotische Regime, Königreiche und Emirate, die den Terror ursprünglich herangezüchtet und exportiert haben, dafür, dass sie ihn mit rabiaten Mitteln bekämpfen; Mittel, die dann, wenn sie erfolgreich scheinen, auch von Demokratien übernommen worden sind. Dass der Terror in diesen Staaten entstanden ist, weil sie despotisch sind, und dass er eine Antwort auf diese Despotie ist, gerät in Vergessenheit, sobald er international geworden ist und auch offene Gesellschaften ihn bekämpfen müssen. Einmal exportiert, heiligen Terror und Virus die Mittel, denen sie ihre Existenz verdanken, und verleihen Regimen Legitimität, die sie sonst nicht besitzen.

Zu den Lektionen, welche die Epoche des Terrors für die Coronakrise bereithält, zählt die Übertragung des Prinzips des *social distancing* auf den Umgang mit mangelhaft legitimierten Regimen, die, wenn man ihnen zu nah kommt, ihren eigenen Legitimationsmangel nach Art eines Virus exportieren. *Social distancing* im Umgang mit diesen Staaten heißt, wie im realen *social distancing*, nicht, das Gespräch oder jeden Handel und menschlichen Kontakt mit ihnen abubrechen. Aber es heißt, Abhängigkeiten zu reduzieren, Verflechtungen überschaubar zu halten und politische und wirtschaftliche Schleusen zu schaffen, die wie eine Quarantäne wirken, also zum Beispiel Verzögerungen und Puffer in die Kontakte einzubauen, Autarkien für medizinische Ausrüstung, Lebensmittel, Energie zu gewährleisten. Wirklich gefährlich ist folglich auch nicht die Bewegung von Menschen, sondern die von Gütern und Geldströmen oder allzu freizügige Handelsabkommen.

Schläge man diesen Weg ein, würde schnell klar werden, dass wir es uns zu einfach machten und im Paradigma selbstgefälliger liberaler Weltdeutung verharrten, wenn wir die Ursache des Problems bloß in der mangelnden Legitimität nicht-liberaler Staaten und Ordnungen sähen. Vielmehr sollten wir erkennen, und Virus und Terror stoßen uns darauf, dass die Legitimität und Illegitimität politischer Systeme in einem symbiotischen, beziehungsweise parasitären Zusammenhang zu einander stehen; dass sie einander brauchen, und dass das Virus und der Terror diese Symbiose nutzen.

Die Akzeptanz der liberalen Gesellschaften und damit eine tragende Säule ihrer Legitimität hängt von ihrem Wohlstand ab. Der heutige Wohlstand vieler Gesellschaften ist nur durch die Globalisierung möglich gewesen — und damit durch Niedriglöhne in anderen Ländern. Diese Länder können hingegen mit keinem vergleichbaren Wohlstandsversprechen aufwarten und sich dadurch legitimieren, jedenfalls nicht gegenüber breiten Schichten der Bevölkerung. Vereinfacht und ein wenig polemisch könnte man sagen, dass die liberalen Gesellschaften des Westens ihre Legitimation autoritären Systemen anderswo verdanken.

Die Legitimität oder Akzeptanz unter der Bevölkerung wird in undemokratischen oder wenig demokratischen Gesellschaften hingegen anders gewährleistet, und zwar durch ein Versprechen. Es besteht darin, die nötige Sicherheit und Ordnung herzustellen, damit die grundlegendsten existentiellen Bedürfnisse befriedigt werden können; mehr aber auch nicht. Genau dieses grundlegende Versprechen aber steht in einem Spannungsverhältnis oder Widerspruch zum weiterreichenden, größeren Versprechen offener Gesellschaften, allen Menschen einen möglichst großen Spielraum zur Selbstentfaltung zu geben. Um beides zu vereinen, stabile Ordnung und maximale Freiheit, braucht es einen Wohlstand, der groß genug ist, um weiten Teilen der Bevölkerung das Gefühl zu vermitteln, trotz Ordnung und Sicherheit so zu leben wie sie wollen. Das aber ist aufgrund des dafür nötigen Aufwands und Konsums nur in wenigen Gesellschaften oder Ländern möglich.

Um den für Freiheit und Selbstentfaltung nötigen Mehrwert generieren zu können, sind die Wohlstandsgesellschaften unweigerlich auf andere angewiesen, die dies nicht tun können. Hier liegt das Scharnier, die Schnittstelle, die proble-

matische, wechselseitige Abhängigkeit liberaler und nicht-liberaler Gesellschaften, die von Terror und Virus für deren Sprung von der einen zur anderen Gesellschaftsform genutzt werden. Jede Andeutung der Unsicherheit, jeder Anschein von Kontrollverlust, wie Terror und Virus sie darstellen, untergraben die Legitimität von Regimen und Systemen, die außer der Gewährleistung von Ordnung, Sicherheit und existenziellem Minimum wenig leisten.

Insofern aber der Wohlstand liberaler Gesellschaften auf die Stabilität dieser Systeme und damit deren Zwänge und Kontrollmechanismen angewiesen ist, steht der Wohlstand reicher Gesellschaften mit Autokratie und Zensur — und damit den Ausgangsbedingungen der globalen Verbreitung von Virus und Terror — in einem komplizierten Zusammenhang. Ob die offenen Gesellschaften ihre durch den Wohlstand erkaufte Legitimität auch unter den Bedingungen eines weltweiten *economic distancing*, der angeratenen wirtschaftlichen Entflechtung noch bewahren können, ist eine offene Frage.

Die für die meisten Menschen klarste und spürbarste Ähnlichkeit zur vergangenen Epochenwende, zu 9/11, ist die plötzliche Allgegenwart des Staates. Befand sich der Staat bis vor kurzem noch im Rückzugs- und Rechtfertigungsmodus und stand unter dem Druck von Ideologien, welche die Freiheit von staatlichen Reglementierungen als Heilmittel gegen alle Weltübel predigten, so lässt ihn die Krise gegenwärtig wieder zum entscheidenden Akteur und Dirigenten aufsteigen.

Das Neue an der Coronakrise besteht darin, dass sich der Staat in ein vormundschaftliches und damit, gemessen am liberalem Staatsverständnis, in ein antagonistisches Verhältnis zur eigenen Bevölkerung begibt. Er muss sie zur Verteidigung eines höheren Gutes disziplinieren und damit ein Stück weit entmündigen, ihr bestimmte Verhaltensweisen auferlegen, die sie freiwillig kaum auf sich nehmen würde. Zu einem derartigen Antagonismus von Staat und Bevölkerung kam es nach 9/11 kaum. Die damals vorgenommenen Einschränkungen bestimmter Grundrechte blieben für die meisten Menschen unmerklich und wurden, anders als heute, von den wenigsten als existenziell wahrgenommen und von vielen sogar begrüßt.

Die eindeutige Bevorzugung des Gesundheitssystems vor allen anderen wichtigen gesellschaftlichen Feldern, so ungeteilt sie in den meisten Teilen der Welt gegenwärtig (noch) scheint, ist angesichts der vom Virus induzierten Lage ebenso konsequent wie vor dem Hintergrund der auf Wirtschaft und Austerität fokussierten Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte verblüffend. Dass die Gefahr des Todes den Staat auf den Plan ruft, wundert nicht. Es wundert aber auch nur vordergründig nicht. Es ist ja keineswegs so, dass der Staat in jedem Fall der Lebensgefahr für seine Bürger*innen vorbeugt; das wäre auch gar nicht möglich. Selbst dort aber, wo es möglich wäre, handeln die meisten Staaten, wenn sie überhaupt handeln, zögerlich, etwa in der Klima- und Umweltthematik.

Wichtiger als die Frage von Leben und Tod ist daher offenbar die Frage, ob der Staat in der Lage ist, eine Form der Kontrolle herzustellen und damit die Legitimität zu bewahren. Der Vergleich mit 9/11 verdeutlicht das: Die Terroranschläge markierten einen radikalen, für alle sichtbaren Kontrollverlust der US-amerikanischen Institutionen, also des Staates. Dieser Kontrollverlust war wegen der Liveübertragung der Anschläge in alle Welt auf eine fast schon obszöne Weise unübersehbar. Er mündete in den Aufstieg des Populismus, dem Wunsch danach, „Amerika wieder groß zu machen“, und äußert sich heute im Verlust eines gesamtgesellschaftlich geteilten Wahrheitsbegriffs in den USA, aber auch anderswo.

Im Schlaglicht des 11. September 2001 erweist sich die Coronakrise als Probe auf die Souveränität und Kontrollfähigkeit des Staates. Gerade wenn und weil der Staat die Kontrolle über das Virus verloren hat und das Virus und seine Folgen die Agenda und mediale Wahrnehmung bestimmen, ist er gezwungen, die Kontrolle auf andere, womöglich nur symbolische Weise zu manifestieren, etwa mit Hilfe der Ausrufung von Ausnahmezuständen. Vor diesem Hintergrund besteht die Gefahr, dass bestimmte Maßnahmen nicht getroffen werden, weil sie besonders effektiv gegen das Virus helfen, sondern weil sie Kontrolle und Handlungsfähigkeit suggerieren und so der Erosion von Legitimität und Vertrauen in den Staat und in die gesellschaftliche Ordnung insgesamt entgegenwirken sollen. Genau das aber könnte das Vertrauen in den Staat weiter erschüttern.

V. NATIONALISMUS

Der nach 9/11 und den Flüchtlingskrisen wieder populär gewordene Nationalismus, die selbstgefällige Phantasie von *splendid isolation* und Abschottung hat einen erheblichen Anteil an der Tendenz, nun auch die Viruskrise als nationale zu begreifen und lösen zu wollen. Was an Grenzsicherungen gesundheitlich geboten, was ideologisch gewollt ist, ist in vielen Ländern nicht mehr zu unterscheiden. Statt denjenigen zu helfen, die die Viruskrise gerade am härtesten trifft und die später dann den anderen helfen können, artet die Lage in einen sinnlosen medizinischen, wirtschaftlichen und politischen Systemwettbewerb aus. Die EU droht an der protestantischen Wirtschaftsethik von Niederländern und Deutschen zu zerbrechen und die täglich von der Johns-Hopkins-Universität und anderen herausgegebenen Corona-Zahlen, die an die Tabellen von Sportwettkämpfen erinnern, befeuern die Vorstellungen systemischer Konkurrenz. Wer am robustesten aus der Krise hervorgehen wird, hat gewonnen, so die herrschende Stimmung, auch wenn das angesichts der weltweiten Verflechtungen wenig Sinn ergibt.

Eines der Probleme dabei besteht womöglich genau darin, dass die Verstärkung staatlicher Kontrolle, so beruhigend sie sein mag, in der Regel auf *nationalstaatliche* Kontrolle hinausläuft; dass sie die Grenzen betont und statt abgestimmten Lösungen separate Lösungsversuche hervorbringt. Dieser Ansatz verstärkt jedoch das Problem, das gelöst werden soll. Die Gesundheitskrise ist eine System- und Existenzkrise für viele Länder geworden, weil von Anfang an versucht wurde, sie nur auf dieser nationalen Ebene zu lösen.

Um die Möglichkeiten der Kooperation in der Viruskrise zu verstehen, müssen wir den Zeitfaktor bei der Ausweitung des Virus in Betracht ziehen. Das Virus ist nicht überall gleichzeitig, sondern zieht wie eine Welle um den Globus. Das heißt, dass nicht alle zur selben Zeit im selben Maß davon betroffen sind. Und es heißt, dass die weniger betroffenen Länder häufig über Kapazitäten im Gesundheitswesen verfügen, mit denen sie den stärker betroffenen aushelfen und später ihrerseits Hilfe von diesen bekommen können, wenn die Welle wei-

terzieht. Gäbe es eine solche internationale medizinische Kooperation, könnte jedes Gesundheitssystem auf der Höhe der Infektionswelle entlastet werden. Dasselbe betrifft die Schutzausrüstungen, die nicht überall gleichzeitig in gleicher Menge gebraucht werden, es betrifft das medizinische Personal, Testkapazitäten, Beatmungsgeräte und so weiter.

Auch im Fall einer intensiveren Kooperation und größeren Solidarität unter den Staaten würde man selbstverständlich darauf achten müssen, dass das Virus nicht ungebremst kursiert. Vermutlich wäre man auch gezwungen, die Bewegungsfreiheit einzuschränken, natürlich auch die grenzüberschreitende. Aber wenn zum Beispiel in Polen, Deutschland und Frankreich die Restriktionen weitgehend identisch sind, ist nicht einzusehen, warum man die Ländergrenzen nicht überschreiten darf.

Erklärt man die Grenzen dagegen zu Schutzwällen, wird unweigerlich suggeriert, die anderen, Polen und Polinnen oder Franzosen und Französinnen oder wer auch immer, seien ansteckend, und wir müssten uns vor der Berührung mit ihnen schützen. Hier wie dort nähren Grenzschließungen ein Phantasma, kultivieren Vorstellungen einer klinischen kulturellen oder nationalen Reinheit und suggerieren eine Autarkie und Autonomie, die es längst nicht mehr gibt und die spätestens das Virus, vorher aber schon der internationale Terrorismus und die wirtschaftliche Globalisierung als Fiktion entlarvt haben.

Wie aber soll man stattdessen die Verbreitung des Virus eindämmen? Die Antwort ist einfach. Sie lautet: Durchaus auf ähnliche Weise wie jetzt, aber mit anderen Zielvorstellungen verbunden, anders etikettiert, anders kommuniziert und vermittelt. Es ist, wie gesagt, in der Tat sinnvoll, Bewegungen, Reiseaktivitäten zu reduzieren. Aber man kann den Verkehr, auch und gerade den Flugverkehr, herunterfahren oder ganz einstellen, ohne diese Maßnahmen als nationale darzustellen, ohne nationale Grenzen als eine Markierung oder einen Maßstab für diese Maßnahmen zu nutzen, ohne ihnen dabei eine Bedeutung zu geben, eine Wichtigkeit zuzuschreiben, die angesichts des Virus wie angesichts des Terrors imaginär bleiben muss oder mit absurd hohen Kosten verbunden ist, ja nur zusätzlichen Schaden verursacht.

Die Idee des nationalen Alleingangs ist aber nicht nur moralisch verwerflich, wirtschaftlich und gesundheitlich gefährlich und kostenintensiv, sie zeugt auch davon, dass man immer noch nicht bereit ist, auf das Virus zu hören, seine ‚Lehre‘ anzunehmen, sich nach ihm auszurichten. Wir wissen zwar, dass wir die Geschwindigkeit seiner Ausbreitung eindämmen, wenn wir uns weniger bewegen; aber wir wissen auch, dass es sich um Grenzen nicht schert, an Grenzen nicht haltmacht. Eine Abschottung, die solches bezwecken würde, wäre noch viel kostenintensiver als eine Grenze zu errichten, die kein*e Flüchtende*r mehr überschreiten kann.

Die Einstellung jedes grenzüberschreitenden Personenverkehrs, wie sie in den meisten Ländern vorgenommen wurde, ist kontrollpolitische Kosmetik, gaukelt effektives Handeln nur vor, bedient weltanschauliche, ethnische, identitäre, nationalistische Vorurteile. Schlimmer noch, eine solche Politik liefert sich diesen Vorurteilen regelrecht aus, geht in ihre Falle, macht sie groß, gesteht ihnen eine Wirkmächtigkeit zu, die gemessen an der Übertragbarkeit und Unsichtbarkeit des Virus nicht existiert. Damit reduziert eine solche Denkweise die Handlungsoptionen des wichtigsten Akteurs, des Staates, auf *bloße nationalstaatliche* Belange und ignoriert die existenzielle internationale Einbindung und Verflechtung aller Staaten und gefährdet zum Beispiel die Versorgungssicherheit der Bevölkerungen oder die Wirtschaft, die in keinem Land mehr funktioniert, ohne dass Grenzen überschritten werden müssten.

Ein einfaches Beispiel dafür bietet der Tourismus. Viele Länder, die aus einer nationalistischen Mentalität heraus die Grenzen schließen, untergraben ihre eigene wirtschaftliche Basis, wenn sie auf den Tourismus angewiesen sind. Viel hilfreicher wäre ein flexibler Ansatz. So könnte man Reisende aus Ländern oder Regionen, wo das Virus unter Kontrolle ist, in ausgewählte ländliche Regionen - zum Beispiel Küsten oder Inseln - einreisen lassen, wo es ebenfalls wenig Ansteckungen gibt. Großstädte und andere Zentren mit großer Menschendichte könnten hingegen für Reisende gesperrt bleiben, weil die wechselseitige Ansteckungsgefahr zu hoch ist.

Die Ironie und Dummheit nationaler Lösungsansätze zeigt sich, wenn Kreuzfahrtschiffen bei Verdacht auf Coronafälle keine Einfahrt in Häfen mehr gewährt

wird, obwohl man davor ausgehen darf, dass in den meisten Fällen Quarantänemöglichkeiten an Land vorhanden sind. Diese Kreuzfahrtschiffe auf hoher See zu lassen, ist nichts als immunologischer Populismus, ein Verrat an allen Werten der Zivilisation — nicht zuletzt auch an den Werten, die man bemüht, um unpopuläre Maßnahmen wie Ausgangssperren zu rechtfertigen, wie etwa die Rettung von Menschenleben.

Die perverse Ironie eines solchen Umgangs mit den Kreuzfahrtschiffen und die unheimliche Beziehung zur 9/11-Politik besteht darin, dass damit die wohlhabendsten Teile der Weltbevölkerung (wer sonst kann sich eine Kreuzfahrt leisten?) ausgegrenzt werden, als wären sie Aussätzige. Diesen Umgang mit Schutzsuchenden kannten wir bis dahin nur vom Umgang mit den Ärmsten, kennen wir nämlich von den Odysseen der Rettungsschiffe für Flüchtende, die keine Häfen anlaufen durften.

So groß die Unterschiede zwischen Kreuzfahrtschiffen und Flüchtlingschiffen sind: Hier wie dort herrscht im Umgang mit Notleidenden dieselbe absurde Logik: Man glaubt, die Ansteckung, dort durch das Virus, hier durch Armut, Elend, Verfolgung, Krieg mit Hilfe einer primitiven und unsozialen grenzpolitischen Maßnahme verhindern zu können. Genau die Maßnahme aber, mit der man die ärmsten Teile der Weltbevölkerung draußen halten und jede Berührung mit ihnen vermeiden will, trifft und befällt nun, als wäre in Wahrheit sie das Virus, die reichsten Teile der Weltbevölkerung und setzt sie ebenso wie zuvor die Geflüchteten der Lebensgefahr aus, stigmatisiert sie, grenzt sie aus. Diejenigen, die sich eine Kreuzfahrt leisten können und die daheim womöglich in *gated communities* wohnen und die Welt am liebsten draußen halten, werden nun von der Welt außen vor gelassen.

Für Schadenfreude besteht aber kein Anlass, denn die Mentalität ist in beiden Fällen dieselbe, und sie ist schlecht. Sie ist nicht nur tödlich, sie kann auch jederzeit auf diejenigen zurückschlagen, die glauben, sie in ihrem Sinn einsetzen und manipulieren zu können, auf diejenigen, die glauben, sie könnten die anderen ausschließen und an den Rand drängen, während sie selbst drinnen sind und Armut, Terror, Tyrannei, Krieg, Virus sie nicht treffen.

Wenn nun aber offensichtlich herauskommt, dass diese Denkungsart und Politik sich gegen jede*n richten kann, auch gegen die Reichen, ist es nur umso törichter, diese Denkweise zum Grundprinzip immunologischer Politik zu machen und zu glauben, ausgerechnet sie wäre in der Lage, uns zu schützen. So sinnvoll, wie gesagt, die kurzzeitige Einschränkung von Kontakt und Bewegung ist, so wenig wird es die Katastrophe (die ja längst schon eingetreten ist) verschlimmern, wenn man Kreuzfahrtschiffe oder Flüchtlingsboote in Häfen einlaufen lässt, den kleinen Grenzverkehr erlaubt und überfüllte Flüchtlingslager räumt, indem man Geflüchtete aufnimmt oder auf verschiedene Länder verteilt. Dadurch würde man ein starkes Symbol für die internationale Solidarität setzen, die auch in der Flüchtlingskrise gefordert ist. Man würde auch die universellen Werte stärken, die man auf nationaler Ebene gern für sich in Anspruch nimmt und verteidigt. Wenn man sie aber bloß als nationale ansieht, begibt man sich in einen Selbstwiderspruch, da universelle Werte naturgemäß für alle gelten.

Es gibt, so lautet das Fazit, kaum eine törichtere Politik zur Bekämpfung des Virus als eine Politik, die die Menschen spaltet. Sie ist bereits bei der Bekämpfung des Terrors gescheitert. Sie ist nicht nur gescheitert, sondern sie hat neuen Terror gezüchtet, wie etwa in Gestalt des sogenannten Islamischen Staates oder des inzwischen ebenfalls global agierenden Terrorismus von rechts. Was die aktuelle Corona-Politik nun heran zu züchten droht, ist etwas ganz ähnliches: Es ist das alte, tief in unseren Gesellschaften liegende Virus der Abschottung. Dieses Virus, das, wie uns die Kriege des 20. Jahrhunderts lehren, viel gefährlicher ist als Corona, werden wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor allem bekämpfen müssen. Gelingt das nicht, mutiert die verkehrte Welt, in der wir seit dem Auftreten von Corona, wenn nicht seit dem 11.9.2001 leben, zum Dauerzustand.